

NÖ GEMEINDE

FACHJOURNAL FÜR GEMEINDEPOLITIK

NEUJAHRSEMPFANG

DER NÖ GEMEINDEBUND STELLT SICH VOR

NÖ GEMEINDEBUND

Die starke Stimme
für unsere Gemeinden

FLÜCHTLINGSTHEMA

**VERNETZUNGSTREFFEN
IN WIESELBURG**

INFRASTRUKTUR

**ECHTES GLASFASER-
BREITBAND STARTET**

KOMMUNAL-Kompetenz heißt: In Ihrer Gemeinde läuft immer alles glatt.

Mit den Kunststoffeisbahnen vom Technologieführer GREENICE macht Eislaufen noch mehr Spaß!

- Beste Gleitfähigkeit
- 10 Jahre Garantie
- Top Finanzierungsmöglichkeiten
- Exklusiv bei Kommunalbedarf erhältlich



Machen Sie
den
Praxistest!

Termin vereinbaren unter
dietmar.treiber@kommunal.at
oder tel.
0664 887 193 25

 GREENice

Wo KOMMUNAL-Kompetenz zu Hause ist.



POLITIK



04 NEUJAHRSEMPFANG

IN GRAFENEGG

08 LANDEVERSAMMLUNG

DER GVV NANNT SICH IN NÖ GEMEINDEBUND UM

10 FLÜCHTLINGSKOORDINATOR

CHRISTIAN KONRAD IM GESPRÄCH

RECHT & VERWALTUNG



20 DAS DIRIMIERUNGSRECHT IM GEMEINDEVORSTAND

22 NEUERUNGEN IN DER PERSONALABRECHNUNG 2016

26 DER LIEGENSCHAFTSBEGRIFF IM

ABGABENRECHT

NEU AUFGESTELLT INS JAHR 2016

Der diesjährige Neujahrsempfang in Grafenegg hat es bereits gezeigt: Ab sofort präsentieren wir uns nicht nur mit neuem Erscheinungsbild, sondern auch mit neuem Namen: der ehemalige Gemeindevertreterverband heißt nun Niederösterreichischer Gemeindebund und wird mit seinem Team und mit bewährtem Service für euch da sein.

Der Neujahrsempfang hat aber auch Anlass gegeben, die politischen Botschaften für die Gemeindevertreter zu senden: Die Aufgaben werden nicht weniger, die Herausforderungen sind groß. Unsere Schwerpunkte und unsere Forderungen sind klar: Da sind einmal die Finanzausgleichsverhandlungen, von denen wir uns endlich eine gerechtere Verteilung der Finanzmittel und eine Abschaffung des längst unzeitgemäßen abgestuften Bevölkerungsschlüssels erwarten. Darüber hinaus bin ich der festen Überzeugung, dass das, was lokal von den Gemeinden übernommen wird, transparenter, direkter, schneller und in der Regel auch billiger erledigt wird. Daher setzen sich die Gemeindevertreter verstärkt dafür ein, den jeweiligen Gebietskörperschaften die für sie am besten geeigneten Kompetenzen zu übertragen und ihnen auch das nötige Geld dafür zukommen zu lassen.

Aber auch das Thema Asyl und die Flüchtlingsunterbringung wird uns auch im Jahr 2016 und darüber hinaus beschäftigen. Wichtig ist, dass es seitens des Bundes mit dem Beschluss der Obergrenzen endlich eine gemeinsame Linie und Vorgangsweise gibt, wie wir künftig mit dieser Herausforderung umgehen. Ich denke, es ist eine notwendige und gute Maßnahme, die einerseits für Ordnung im Land sorgt und aber auch den Flüchtlingen und anderen Mitgliedsländern vermittelt, dass unsere Aufnahmekapazitäten begrenzt sind.

Auch im Bereich der Mindestsicherung werden wir uns nach Beschluss eines neuen Modells im NÖ Landtag um restriktivere Sanktionen bemühen. Hilfe es zwar notwendig, aber Kontrolle und Sanktionen umso mehr. Denn wir wollen Fairness und Gerechtigkeit für den Steuerzahler und keine goldene Hängematte.

Eine wichtige Rolle wird für uns auch der Breitbandausbau spielen, der jetzt in Pilotgemeinden gestartet wurde. Oberstes Ziel dabei: Glasfaser direkt ins Haus und Chancengleichheit für alle Gemeinden und Regionen in Niederösterreich.

LABG. BGM. MAG. ALFRED RIEDL, PRÄSIDENT

GRAFENEgg

NEUJAHRSEMPFANG

ERSTER AUFTRITT DES NÖ GEMEINDEBUNDES UNTER DEM NEUEN NAMEN

Der ehemalige Gemeindevertreterverband der VP Niederösterreich präsentierte sich beim traditionellen Neujahrsempfang erstmals unter dem neuen Namen „NÖ Gemeindebund“ und mit neuem Erscheinungsbild der Öffentlichkeit. Präsident Alfred Riedl warf einen zufriedenen Blick auf das vergangene Jahr: „Unser größte Erfolg waren sicher die Gemeinde-Wahlen. Hier haben wir nicht nur 50 Prozent der Stimmen erreicht, sondern stellen nun auch in 435 von 573 Gemeinden den Bürgermeister.“

Als wohl größte Herausforderung für die kommenden Jahre nannte Riedl die Asylfrage und die menschenwürdige Unterbringung der Kriegsflüchtlinge. „Wir stehen zu unserer Verpflichtung, Menschen in Not zu helfen. Nicht umsonst haben wir bereits vor einem Jahr eine NÖ-Quote beschlossen und uns für kleinere Quartiere stark gemacht. Denn nur kleine Einheiten sind menschenwürdig, sozial verträglich und hinsichtlich der Integration von Vorteil“, sagte Riedl. Dennoch müsse man künftig unterscheiden zwischen bedrohten Menschen, die wirklich Hilfe brauchen und jenen, die ihr Leben verbessern wollen, für die es zurzeit aber keine Kapazitäten gebe. Dazu komme, dass man die Gemeinden und Bürgermeister mit der Unterbringung von Flüchtlingen nicht überfordern dürfe. „Schließlich sind es die Gemeinden vor Ort, die sich um die Unterbringung, den Kindergarten- oder Schulplatz, Arbeitsmöglichkeiten etc. kümmern müssen“, weiß Riedl aus Erfahrung.

Riedl appelliert in dem Zusammenhang auch für mehr Miteinander statt Gegeneinander in der Gesellschaft, aber auch unter den Städten und Gemeinden.

Zu den angelaufenen Finanzausgleichsverhandlungen sagte Riedl: „Auch wenn



„ES SIND DIE GEMEINDEN, DIE SICH UM DIE UNTERBRINGUNG, DEN KINDERGARTEN- ODER SCHULPLATZ, ARBEITSMÖGLICHKEITEN ETC. KÜMMERN MÜSSEN.“

NÖ-GEMEINDEBUND-PRÄSIDENT ALFRED RIEDL ZUR ASYLFRAGE



es manchen nicht passt, so zeigt sich seit Jahrzehnten, dass das was lokal von den Gemeinden übernommen wird, transparenter, direkter, schneller und in der Regel auch billiger erledigt wird. Daher setzen wir uns dafür ein, den jeweiligen Gebietskörperschaften die für sie am besten geeigneten Kompetenzen zu übertragen und ihnen auch das nötige Geld dafür zukommen zu lassen.“ Darüber hinaus setzt er auf die Abschaffung





„NUR KLEINE EINHEITEN SIND MENSCHENWÜRDIG, SOZIAL VERTRÄGLICH UND HINSICHTLICH DER INTEGRATION VON VORTEIL.“



- 1 1200 Gäste aus Politik, Wirtschaft und befreundeten Organisationen sowie Funktionäre kamen ins Auditorium nach Grafenegg.
- 2 Das Präsidium des NÖ Gemeindebundes – Karl Moser, Alfred Riedl und Johannes Pressl – mit Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer.
- 3 Die Innenministerin stellte sich bereitwillig für Gruppenfotos zur Verfügung.



des längst unzeitgemäßen abgestuften Bevölkerungsschlüssels und fordert stattdessen eine gerechtere Verteilung der Steuereinnahmen sowie einen Strukturausgleichsfonds für wirtschaftlich benachteiligte Regionen. Die anwesenden Politikgrößen bedauerten die Nicht-Kandidatur von Landeshauptmann Erwin Pröll für das Bundespräsidentenamt. „Wir hätten es schon gerne gesehen, wenn du dieses höchste Amt übernommen hättest und mit deinem Einsatz so gestaltet hättest, wie wir es gerne gesehen hätten“, sagte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer.



„DER BUND MUSS AKZEPTIEREN, DASS LÄNDER UND GEMEINDEN **AUF AUGENHÖHE** MIT IHM AGIEREN.“

LANDESHAUPTMANN
ERWIN PRÖLL

Pröll selbst ging erst am Schluss seiner Rede auf die Diskussion ein. Er habe immer klar gemacht, dass Niederösterreich für ihn das Wichtigste sei und „dass in meiner Lebensplanung die Hofburg keinen Platz hat.“ Zuvor hatte Pröll bereits klargemacht, dass er trotz dieser Absage keineswegs daran denkt, sich zukünftig weniger in bundespolitische Angelegenheiten einzumischen. In der Asylfrage richtete er etwa Bundeskanzler Faymann aus: „Von einem österreichischen Bundeskanzler würde ich mir erwarten, dass er mehr macht, als sich an die Fersen der deutschen Bundeskanzlerin zu heften.“ Es müsse auch das Wohl der eigenen Landsleute im Auge behalten werden. Daher seien Höchstgrenzen bei der Flüchtlingszahl notwendig. ■■



„DAS PARADIES AUF ERDEN“

In einem Interview, das Moderatorin Sylvia Weißenböck mit Finanzminister Hans-Jörg Schelling und Gemeindebund-Präsident Mödlhammer führte, meinte Schelling: „Wenn ich es mit den südlichen Krisenländern Griechenland und Kärnten vergleiche, dann ist Niederösterreich das Paradies auf Erden.“ Man dürfe nicht vergessen, dass acht Prozentpunkte der 86 Prozent Staatsverschuldung auf die Hypo Alpe Adria zurückzuführen seien.

Für die Finanzausgleichsverhandlungen nannte er es als Ziel, dass Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten in eine Hand kommen. „Es kann nicht sein, dass der eine bestellt und der andere bezahlt.“ Das bedeute eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips. „Verwaltung soll dort stattfinden, wo sie am effizientesten ist.“ Erfreulich sei, dass das strukturelle Defizit stärker gesunken ist als vorhergesagt. „Das ist gut, aber auch ein strukturelles Defizit erzeugt neue Schulden.“ Daher müsse der Konsolidierungskurs weiter gefahren werden. Mödlhammer forderte „einen gerechten Finanzausgleich, der auf die Bedürfnisse der Gemeinden eingeht, damit diese ihre Erfolgsgeschichte fortsetzen können.“



„VON EINEM ÖSTERREICHISCHEN BUNDESKANZLER WÜRDTE ICH MIR ERWARTEN, DASS ER MEHR MACHT, ALS SICH **AN DIE FERSEN DER DEUTSCHEN BUNDESKANZLERIN** ZU HEFTEN.“

LANDESHAUPTMANN
ERWIN PRÖLL



„FRAUEN LASSEN SICH NICHT EINSCHRÄNKEN“

Innenministerin Johanna-Mickl-Leitner ging in einem emotionalen Statement auf die Übergriffe ein, die während der Silvesternacht in Köln, aber auch Österreich, stattgefunden haben. „Wir Frauen lassen uns in unserer Bewegungsfreiheit nicht einschränken. Ich verspreche, dass die Polizei jeder Anzeige mit voller Entschlossenheit und mit null Toleranz nachgeht.“ Zur Flüchtlingsfrage meinte Mickl-Leitner: „Es muss eine Obergrenze geben, wo unsere Systeme an Grenzen stoßen.“ Hier müsse auf europäischer und auf nationaler Ebene gehandelt werden. Wichtig wären eine effiziente Sicherung der Grenzen, Asyl auf Zeit und eine Verschärfung des Familiennachzuges.

Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka erinnerte an die Belastungen, die die Flüchtlingsunterbringung für Gemeinden bedeutet. Einerseits werde ja die Mindestsicherung zur Hälfte von den Gemeinden getragen, andererseits seien die Kommunen auch bei den Themen Wohnraum und Arbeitsplätzen gefordert. Aber: „In Niederösterreich gibt es viele positive Beispiele. Wo Integration geschickt angegangen wird, da funktioniert sie auch.“



1 Alfred Riedl, Landeshauptmann Erwin Pröll, Landesrätin Barbara Schwarz, Wirtschaftskammer-Präsidentin Sonja Zwazl, VPÖ-Geschäftsführer Bernhard Eber und Karl Moser.

und Bernhard Ebner von der Volkspartei Niederösterreich.

4 Zahlreiche Teilnehmer und Teilnehmerinnen wie Bezirksofrau Elfriede Mayrhofer nutzten die Gelegenheit für Erinnerungsfotos.

2 Die Delegation aus Gänserndorf mit Wolfgang Halwachs, Klaus Kögler, René Lobner, Daniel Kadletz und Stephan Sadil.

5 Präsident Helmut Mödlhammer und Generalsekretär Walter Leiss vom Österreichischen Gemeindebund.

3 Landesgeschäftsführer unter sich. Peter Kaiser vom Roten Kreuz





Die aus dem Amt geschiedenen Bezirksobmänner wurden mit dem Ehrenring ausgezeichnet. Bild: Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka, Präsident Alfred Riedl, Patrick Rosner, Roland Weber, Otto Ruthner und Othmar Matzinger, die Vizepräsidenten Karl Moser und Johannes Pressl sowie Landesgeschäftsführer Gerald Kammerhofer.

LANDESVERSAMMLUNG

NEUAUSRICHTUNG BESCHLOSSEN

DER GVV BENENNT SICH IN NÖ GEMEINDEBUND UM

Im Vorfeld des Neujahrsempfangs fand in Grafenegg auch eine Landesversammlung statt. Dort wurde die Umbenennung von Gemeindevertreterverband auf „NÖ Gemeindebund“ formal beschlossen.

Das Präsidium blieb unverändert: Alfred Riedl wurde mit 99,08 Prozent zum Präsident gewählt, Karl Moser wurde erster, Johannes Pressl zweiter Vizepräsident.

NEUES LOGO

Mit der Umbenennung wurde auch ein neues Logo eingeführt. Der neue Name und das neue Logo sollen die Verbundenheit mit Niederösterreich noch deutlicher zum Ausdruck bringen. „Wir machen mit der Neuausrichtung aber nicht nur optisch einen Schritt nach vorne, sondern passen uns auch inhaltlich der neuen Zeit an“, sagt Alfred Riedl. „Vom Interessenverband sind wir zum Dienstleistungsunternehmen neuen Zuschnitts geworden.“

Der NÖ Gemeindebund ist die Anlaufstelle und Interessenvertretung für die Kommunal-

DER NEUE NAME UND DAS NEUE LOGO SOLLEN DIE **VERBUNDENHEIT MIT NIEDER-ÖSTERREICH** NOCH DEUTLICHER ZUM AUSDRUCK BRINGEN.

politikerinnen und -politiker unseres Landes. Unser Ziel ist es, Gemeinderatsmitgliedern, Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern politische Leitlinien und konkrete Hilfestellungen für ihre praktische Arbeit in den Gemeinden zu geben.“ ■■

NÖ GEMEINDEBUND



DER NÖ GEMEINDEBUND

Als größter Gemeindebund innerhalb Österreichs vertritt der NÖ Gemeindebund in Niederösterreich knapp 6.800 von 11.800 Gemeindefachleuten sowie 435 von 473 Bürgermeistern.

EVN LICHTSERVICE

KOMPLETTPAKET FÜR DIE BELEUCHTUNG

MIT DEM EVN LICHTSERVICE LAGERN SIE BETRIEB, WARTUNG UND INSTANDHALTUNG DER ÖFFENTLICHEN BELEUCHTUNGSANLAGEN VOLLSTÄNDIG AN DIE EVN AUS.

Mit dem EVN Lichtservice geben Sie die Verantwortung für Ihre Beleuchtungsanlage – auch gegenüber den Behörden – zu 100 Prozent ab. Der Verantwortungsbereich der EVN beginnt beim Zugangspunkt zum Niederspannungsnetz und endet mit dem Erreichen und Sicherstellen der geforderten Beleuchtungsqualität.

IHRE VORTEILE

1. Volle Verantwortung zum Fixpreis

Im Rahmen von Lichtserviceverträgen garantiert die EVN die Funktionalität der gesamten Anlage zu pauschalen Preisansätzen. Die EVN übernimmt also nicht nur die volle technische Verantwortung, sondern trägt auch das gesamte wirtschaftliche Risiko. Das erleichtert die Budgetierung und sichert Ihrer Gemeinde Kostensicherheit.

2. Individuelle Planung und Mitsprache

Lichtservice-Pakete werden individuell und punktgenau auf den jeweiligen Bedarf der Gemeinden zugeschnitten. Selbstverständlich haben Sie als Gemeinde dabei ein vertraglich gesichertes Mitspracherecht, insbesondere bei der Koordination von Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen, der Auswahl der Leuchten sowie bei Fragen der Ortsbildgestaltung.

3. Regionale Wertschöpfung

Bei Ausbau, Sanierung und laufender Betriebsführung erfolgen alle durch EVN nicht selbst erbrachten Leistungen bevorzugt in Kooperation mit Unternehmen aus der Region. Das sichert Arbeitsplätze und ein Höchstmaß an regionaler Wertschöpfung.

Weitere Informationen erhalten Sie von Ihrem regionalen EVN Kundenbetreuer oder unter lichtservice@evn.at.



Die EVN bietet eine Beleuchtungslösung, die hocheffizient, flexibel und auf dem neuesten Stand der Technik ist.

MODERNSTE LED-TECHNOLOGIE FÜR IHRE GEMEINDE!

Wollen Sie in Ihrer Gemeinde Straßenleuchten, die sowohl Energie sparen als auch über eine lange Lebensdauer verfügen? Suchen Sie nach einer Beleuchtungslösung, die flexibel und am neuesten Stand der Technik ist?

Dann setzen Sie auf die EVN LED-Leuchten – modernste LED-Technik für Ihre Gemeinde! Die EVN bietet Ihnen eine Beleuchtungslösung, die

- ▶ hocheffizient,
- ▶ flexibel und
- ▶ auf dem neuesten Stand der Technik ist.

IHRE VORTEILE

- ▶ Hochwertige LED-Leuchten in gewohnter EVN Qualität – mit höchster Farbwiedergabe, optimaler Lichtlenkung und garantierter Ersatzteilversorgung
- ▶ Umfassendes Komplettangebot inkl. Montage, Altmaterial-Entsorgung, Überprüfungsprotokoll
- ▶ Attraktiver EVN Aktionsrabatt: 120 Euro pro Leuchte (exkl. USt.)
- ▶ Finanzierung auf drei Jahre
- ▶ regionale Wertschöpfung durch Zusammenarbeit mit lokalen Partnerunternehmen
- ▶ beste Umweltverträglichkeit

Mit der modernen LED-Technik der EVN Leuchten sparen Sie Ihrer Gemeinde nicht nur viel Geld, sondern leisten auch einen wichtigen Beitrag zu mehr Sicherheit und Umweltschutz. ■■

Bestellen Sie jetzt und sichern Sie sich damit Ihren attraktiven EVN Aktionsrabatt!

☎ 0800 800 100 ✉ lichtservice@evn.at
 🌐 facebook.com/evn und twitter.com/evnenergy

FLÜCHTLINGE

„WARM, SATT, SAUBER – REICHT NICHT AUS“

Die Asylfrage ist sicher eine der größten Herausforderungen unseres Jahrhunderts. Wie können Sie als Flüchtlingskoordinator hier helfen?

Der Herausforderung, mitzuhelfen für die schutzsuchenden Menschen in Österreich Quartiere zu organisieren, stelle ich mich. Wobei ein Dach, ein Bett, genug zu Essen und entsprechende hygienische und medizinische Standards hier nicht alleine das Ziel sein können. Warm, satt, sauber – reicht nicht aus. Die Menschen brauchen Perspektiven, brauchen eine menschenwürdige Aufnahme und die Möglichkeit, die Wartezeit auf den Ausgang des Asylverfahrens auch sinnvoll gestalten und nützen zu können. Deutschkurse von Anfang an, sind hier ein wesentlicher Punkt.

Ich versuche der „Kurzatmigkeit“ vieler politischen Diskussionen, Sachorientierung und den Willen für Lösungen entgegenzusetzen. Meine Hauptaufgabe ist es, im Gespräch mit den politischen Verantwortlichen in der Regierung, in den Ländern und Gemeinden deutlich zu machen, dass wir auf verschiedenen Ebenen gleichzeitig aktiv werden müssen und können. Das bedeutet auch, dass unabhängig von den notwendigen Maßnahmen in der Kriegs- und Krisenregion, hier in Österreich Gestaltungsmöglichkeiten bestehen.

Die Unterbringungsfrage scheint nach wie vor eines der größten Probleme zu sein.

Da ist schon viel geschehen, darüber hinaus brauchen wir eine Anstrengung, dass quer durch Österreich viele Gemeinden bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen.

Wenn es gelingt, viele kleinere Einheiten zu ermöglichen, brauchen wir keine Großquartiere. Solange aber viele Gemeinden nicht bereit sind, solidarisch mit den anderen Gemeinden zu Lösungen beizutragen, sind große Quartiere die einzige Möglichkeit, die Obdachlosigkeit von Flüchtlingen in Österreich zu verhindern.

Wie sieht es da in Niederösterreich aus?

Mit dem Erstaufnahmezentrum Traiskirchen trägt Niederösterreich eine besondere Last. Über die Hälfte aller NÖ Gemeinden haben bereits Flüchtlinge aufgenommen. Viele zeigen erfolgreich vor, wie man menschenwürdig, sozialverträglich und hinsichtlich der Integration bestmöglich Flüchtlinge unterbringen und begleiten kann.

Kürzlich hat der Österreichische Gemeindebund zu drei Vernetzungstreffen zum Thema Asyl eingeladen, das erste hat in Wieselburg stattgefunden, was haben diese Treffen gebracht?

Fast 200 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben an diesen Treffen teilgenommen. Sie haben mir und einander Mut gemacht. Sie zeigen, dass dieser nicht einfache Themenkomplex „Flüchtlinge“ unter dem Gesichtspunkt „Normalität“ und nicht unter dem Titel „Ausnahmestandard“ behandelt werden muss.

Diese Bürgermeister haben Erfahrung, konkrete Modelle und Pläne für die Zukunft. Sie gestalten – und sehen sich nicht als Verwalter.

Das sind Menschen, die auf die Chancen achten, ohne die Herausforderungen klein zu reden. Diese Bürgermeister wissen, dass wir den Anfang einer Entwicklung erleben, die sie mitgestalten wollen. Hier habe ich Lösungswille und Sachlichkeit erlebt, das macht Mut.

Gibt es konkrete Ergebnisse?

Wohnen, Sprachkurse, Möglichkeiten zur Arbeit – es gibt viele erfolgreiche Initiativen in den Gemeinden und ein großartiges Engagement aus der Zivilgesellschaft. Viele Bürgermeister haben aber auch erkannt, dass diese Ressourcen in den Gemeinden vorher so nicht bekannt waren. Das müssen wir sehen, schätzen und weiterentwickeln.

„WENN ES UNS GELINGT, VIELE KLEINERE EINHEITEN ZU ERMÖGLICHEN, BRAUCHEN WIR KEINE GROSSQUARTIERE.“



IM GESPRÄCH MIT DER NÖ GEMEINDE STELLT FLÜCHTLINGSKOORDINATOR CHRISTIAN KONRAD FEST, DASS FLÜCHTLINGE EINE PERSPEKTIVE BRAUCHEN. LOB GIBT ES FÜR DIE HEIMISCHEN BÜRGERMEISTERINNEN UND BÜRGERMEISTER.

reitung viele Probleme gar nicht entstehen lässt.

Die Flüchtlingsfrage wäre ohne das Netzwerk der Freiwilligen nicht zu bewerkstelligen. Verlässt sich die „hohe Politik“ zu sehr auf die Freiwilligen und verlagert Dinge?

Die vielen Freiwilligen haben mich mit ihrem Engagement sehr beeindruckt. Das war und ist noch immer die prägende Erfahrung der vergangenen Monate. Ich habe gerade bei den Bürgermeistertreffen dazu viele Gespräche geführt. Und ich denke, dass die Bürgermeister dieses

Potential in ihren Gemeinden, das sie zum Teil so nicht erwartet und gekannt haben, nun vor neue Aufgaben stellt. Hier müssen neue – auch gemeindeübergreifende – Strukturen entstehen, z. B. in der Planung für Sprachkurse, Sachspendenorganisation, Kindergarten, Schule uvm. Aber auch in der Sozialbetreuung oder auch in der Supervision für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer stellen sich neue Fragen.

Im Mai wird mit einem neuerlichen Ansturm der Flüchtlinge gerechnet. Ist Österreich dafür gewappnet?

Wann wie viele neue größere Gruppen von schutzsuchenden Menschen an unseren Grenzen stehen werden, lässt sich aus heutiger Sicht noch nicht sagen. Ich hoffe, dass bis dahin jene, die in Österreich aktuell noch in Notquartieren sind, in menschenwürdigen Quartieren leben können und dass wir eine Wohnbauoffensive gestartet haben. Parallel dazu müssen die EU und die internationale Staatengemeinschaft auch in der Kriegs- und Krisenregion, in der Türkei und an den EU Außengrenzen Maßnahmen gesetzt haben. Was wir brauchen ist die Haltung, dass wir tun was wir können – und wir können viel tun – ohne zu überfordern! ■■■

Ich habe auch beobachtet, dass viele Bürgermeister Erfahrungen über neue Vernetzungen von Gemeinden in den Regionen auch bei diesem Thema miteinander geteilt haben.

Und Ihr Hauptanliegen Quartiere, waren Sie da erfolgreich?

Mein zentrales Anliegen ist es, zu einer Wohnbauoffensive zu ermutigen. Hier haben wir kleinere und größere Projekte vorgestellt, die bereits entwickelt und teilweise auch bereits umgesetzt sind. Von dieser Wohnbauoffensive sollen Ortsbevölkerung und Flüchtlinge profitieren, eine Win-Win Situation. Es geht um leistbares Wohnen, das können wir schaffen. Und hier habe ich bereits einige sehr positive Reaktionen bekommen.

Wie will man die Gemeinden, die noch keine Flüchtlinge aufgenommen haben, dazu bewegen sich zu engagieren?

Ich setze hier auch auf das Netzwerk der Bürgermeisterinnen und Bürgermeisterinnen. Sie werden diese Erfahrungen weitertragen. Dass es z. B. auch in kleinen Gemeinden möglich ist, Flüchtlinge aufzunehmen. Oder, dass eine gute Kommunikation und Vorbe-

FLÜCHTLINGSKOORDINATOR
CHRISTIAN KONRAD





FLÜCHTLINGE

„DAS MUSS PERSÖNLICH PASSIEREN“

AM 18. JÄNNER FAND IN WIESELBURG DAS ERSTE VON DREI VERNETZUNGSTREFFEN STATT, BEI DENEN SICH BÜRGERMEISTERINNEN UND BÜRGERMEISTER ÜBER IHRE ERFAHRUNGEN BEI DER UNTERBRINGUNG VON

Das Netzwerktreffen in Wieselburg war eine hervorragende Veranstaltung, die weniger an neuen Informationen gebracht, dafür auf emotionaler Ebene Mut gegeben, Austausch gebracht und Initiative für Neues erzeugt hat“, sagt Hannes Pressl, Bürgermeister von Ardagger und Vizepräsident im Niederösterreichischen Gemeindevorstand. „Die Bürgermeister haben gesehen, dass sie mit ihren Problemen nicht alleine sind, dass es anderen auch so geht.“ Seitens der Gemeindevorteiler habe man dem Flüchtlingskoordinator und den Vertretern auf Bundesebene klar gemacht, dass es wichtige und richtige Partnerschaften zu den Gemeinden braucht, um die Flüchtlingsunterbringung in kleinen Einheiten sozial verträglich voran zu treiben. „Und eine Partnerschaft kann nicht darin bestehen, in einem Infoschreiben der Bundesregierung die Bürgermeister aufzufordern, Flüchtlinge aufzunehmen. Das muss persönlich passieren. Mit einem Zettel werde ich da nicht überzeugen können“, stellt Pressl klar. Der Bürgermeister meint, dass ein derartiges Vernetzungstreffen zum Meinungs- und Erfah-

„DIE BÜRGERMEISTER HABEN GESEHEN, DASS SIE MIT IHREN PROBLEMEN **NICHT ALLEINE SIND.**“

HANNES PRESSL
BÜRGERMEISTER
VON ARDAGGER/NÖ

rungsaustausch mehr hilft als jedes Lehrbuch. Für Hannes Pressl ist klar: „Auch in der Asyl- und Flüchtlingsfrage brauche ich ein humanitäres Gedächtnis und ein Solidaritätsbewusstsein. Und das kann ich auch in einer kleinen Gemeinde leben. Wenn jeder so denkt und handelt, würden wir viel mehr weiterbringen.“ ■■■



NÖ Gemeindevorstand-Vizepräsident Hannes Pressl bei der Diskussion

KOMMUNALINFO DES ÖVP LANDTAGSKLUBS

„WIR DÜRFEN DIE MENSCHEN NICHT ÜBERFORDERN“

KLAUS SCHNEEBERGER, KLUBOBMANN DES VP-LANDTAGSKLUBS, BEGRÜSST DIE EINZIEHUNG EINER OBERGRENZE BEI DER AUFNAHME VON FLÜCHTLINGEN.

Kein Thema hat das Jahr 2015 so geprägt wie der gewaltige Strom an Menschen, die nach Europa geflüchtet sind. Ihr Ziel war vor allem Deutschland, Schweden und Österreich. Insgesamt waren es rund 90.000 Menschen die im vergangenen Jahr in Österreich um Asyl angesucht haben. „Es ist ethisch wichtig und richtig Menschen, die vor Krieg flüchten, zu helfen. Niederösterreich hat sich dieser Verantwortung in der Vergangenheit immer gestellt und die geforderten Quoten mehr als erfüllt. Aber wenn eine nachhaltige Integration der Flüchtlinge nicht mehr gewährleistet werden kann, ist es der Bevölkerung gegenüber moralisch nicht mehr vertretbar, noch mehr Menschen in unser Land zu lassen“ betont VP-Klubobmann Klaus Schneeberger. „Umso wichtiger war es, dass unser Landeshauptmann Erwin Pröll vor dem Asylgipfel klar festgestellt hat, dass es im heurigen Jahr nicht so weitergehen kann wie 2015.“

Neben der Einziehung einer Obergrenze sind auch strengere Regeln beim Familiennachzug und Maßnahmen bei der Mindestsicherung ein dringendes Gebot der Stunde. Die Willkommenskultur „Jeder kann zu uns kommen“ muss ein Ende haben, denn die, die es schaffen müssen, sind die Länder und Gemeinden. „Wir haben immer betont, dass eine europäische Lösung kommen muss. Aber wenn die EU in dieser Frage nicht an Tempo zulegt, müssen wir nationale Maßnahmen setzen“ so Schneeberger.

ASYLGIPFEL ERFOLGREICH VERLAUFEN

Der Asylgipfel hat endlich einen parteienübergreifenden Schulterschluss zwischen Bund, Ländern, Städten und Gemeinden geschafft und eine Vereinbarung getroffen, wie der anhaltende Flüchtlingsstrom wirksam eingedämmt werden kann, ohne die Humanitäre



Landeshauptmann Erwin Pröll stellte schon beim Neujahrsempfang des NÖ Gemeindebundes klar, dass die Aufnahme von Flüchtlingen heuer nicht in gleichem Maß erfolgen kann wie voriges Jahr.

„WENN DIE EU IN DIESER FRAGE NICHT AN TEMPO ZULEGT, MÜSSEN WIR **NATIONALE MASSNAHMEN SETZEN.**“



KLAUS SCHNEEBERGER
KLUBOBMANN DES
VP-LANDTAGSKLUBS

Verpflichtung aus den Augen zu verlieren. Insgesamt sollen bis 2019 nicht mehr Flüchtlinge als es einem Anteil von maximal 1,5 Prozent der Bevölkerung entspricht, in Österreich Asyl beantragen können. Ein Grenzmanagement, das entsprechende Kontrollen, Registrierungen und Rückführungen ermöglicht. In Zukunft sollen Asylantragsstellungen ausschließlich in EU-Hotspots und nicht mehr in Österreich möglich sein. Und die Senkung von Österreichs Attraktivität als Zielland im Bereich sozialer Leistungen. Die Umsetzung von „Asyl auf Zeit“, die Verschärfungen beim Familiennachzug und die Sanktionsmöglichkeiten bei der Mindestsicherung sind dafür die richtigen Maßnahmen und Signale. „Mit diesen Eckpunkten können wir nicht nur den Anliegen der Bevölkerung Rechnung tragen, sondern auch den Druck für eine europäische Lösung erhöhen“, ist Klaus Schneeberger überzeugt. ■■

VOLKSPARTEI NIEDERÖSTERREICH

VP-TEAM GIBT KURS FÜR NIEDERÖSTERREICH VOR

UNTER DEM MOTTO „KRAFT. NÄHE. NIEDERÖSTERREICH“ STAND DIE TRADITIONELLE KLAUSUR DES VP-LANDESREGIERUNGSTEAMS ZU BEGINN DES JAHRES.

Im Fokus standen dabei vor allem wirtschaftspolitische Maßnahmen, die auch positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben sollen. So will man seitens des VP-Teams eine Exportoffensive in Richtung Iran starten, erarbeitet ein eigenes Konzept, um vom digitalen Wandel in der Industrie und darüber hinaus profitieren zu können und man setzt viel daran, aus Forschungsplätzen Arbeitsplätze zu machen.

EXPORTE SICHERN & ARBEIT SCHAFFEN

Nicht nur von der Steuerreform, die eine Senkung der Lohnnebenkosten für Unternehmer aber vor allem eine Steigerung der Kaufkraft für jeden einzelnen Arbeitnehmer bringt, erwartet sich Landeshauptmann Erwin Pröll positive Effekte. Die Ankurbelung von Exporten soll ebenfalls Arbeitsplätze sichern und schaffen: „Eine Milliarde im Export sichert rund 11.000 Arbeitsplätze im Inland. Schon in der Vergangenheit haben wir Märkte, wie die USA oder Großbritannien im Vorjahr, gezielt bearbeitet. Heuer setzen wir den nächsten Schritt mit dem Export-Schwerpunkt Iran.“ Durch die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen ergeben sich neue Chancen, speziell für Unternehmen in den Bereichen Maschinen- und Anlagenbau, Pharmazeutische Erzeugnisse sowie in Umweltschutz, Wassertechnologie und Luftreinhaltung. Ziel ist eine Verdoppelung des Exportvolumens bis 2021.

AUS FORSCHUNGS- WERDEN ARBEITSPLÄTZE

Ein weiterer Schwerpunkt werde im Bereich der Unternehmensgründungen gesetzt. So habe man seitens des Landes in den vergangenen Jahren rund 700 Millionen in Wissenschaft und Forschung investiert, woraus sich eine intensive Forschungstätigkeit entwickelt



Das Team der Volkspartei Niederösterreich bei der Arbeitsklausur.

„EIN SCHWERPUNKT WIRD IM BEREICH DER UNTERNEHMENSGRÜNDUNGEN GESETZT.“

LANDESHAUPTMANN
ERWIN PRÖLL

hat. „Jetzt erreichen wir die nächste Entwicklungsstufe, in der wir durch ‚spin offs‘ die niederösterreichische Unternehmensstruktur verbreitern und erweitern wollen“, so Pröll. Dadurch seien auch entsprechende Effekte für den Arbeitsmarkt zu erwarten. Landesrätin Petra Bohuslav hat den Auftrag übernommen, eine „spin off-Strategie“ für Niederösterreich zu erarbeiten, im Zuge derer etwa Fördermöglichkeiten ausgearbeitet werden sollen.

CHANCEN DER DIGITALISIERUNG NUTZEN

„Die Digitalisierung bringt für unsere Unternehmen Chancen und Herausforderungen“, so Wirtschaftslandesrätin Bohuslav im Rahmen der Klausur. Ziel sei es, „die Innovationskraft, die in unseren Klein- und Mittelunternehmen steckt, zu fördern“, betonte sie. Sie habe daher den Auftrag übernommen, einen ressortübergreifenden Masterplan zu entwickeln, der z. B. auch in den Bereiche Bildung und Arbeitsmarkt reicht. „Industrie 4.0 spielt in alle gesellschaftspolitischen Bereiche hinein“, so Bohuslav. ■■



INFRASTRUKTUR

ECHTES GLASFASER-BREITBAND STARTET

DIE UMSETZUNG VON ZUKUNFTSSICHERER BREITBANDVERSORGUNG IN DEN PILOTREGIONEN HAT BEGONNEN

Erste Kunden in den Gemeinden Kautzen (Pilotregion Thayaland) und Heidenreichstein (Pilotregion Waldviertler StadtLand) erhalten ihre ersten Glasfaserschlüsse. Der Ausbau erfolgt nach dem Modell NÖ. Die Besonderheit: die Glasfaserleitung wird direkt bis in das Haus geführt, Geschwindigkeitsbremsen wie veraltete Kupferleitungen oder Funkverbindungen sind somit von vorne herein ausgeschaltet. Somit erhalten die Kunden die einzige zukunftssichere Lösung, die es am Markt gibt. Zusätzlich haben die Endkunden den Vorteil, unter mehreren Dienstleistern frei wählen zu können. Derzeit sind es in Summe sechs Anbieter, welche über das offene Glasfasernetz ihre Dienste (Telefonie, Internet und TV) an die Endkunden bringen. Je mehr Anschlüsse realisiert werden, desto attraktiver wird das Modell NÖ auch für neue Dienstleister, und die Auswahl wird noch größer werden. Mit dem starken Wettbewerb wird für hohe Qualität, leistbare Preise und ausreichend Innovation gesorgt.

Genau das wurde auch von EU-Kommissar Günther Öttinger anerkannt, der sich als Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft von den Ambitionen Niederösterreichs beeindruckt zeigte. Entsprechend hat der EU-Kommissar in einem Treffen mit Landesrätin Petra Bohuslav im Herbst 2015 den vorbildlichen Charakter des Projektes hervorgehoben und seine Unterstützung zugesichert.

Derzeit haben sich bereits 48 der 59 Kleinregionen für die kostenlose Grobplanung angemeldet.

REGIONALBERATER ALS ANSPRECHPARTNER

Während der Ausbau in den Pilotregionen voranschreitet, werden ab 2016 in allen Gemeinden in NÖ erste Schritte für einen raschen Glasfaserausbau gesetzt. Dazu wird heuer und 2017 eine niederösterreichweite Grobplanung des Glasfasernetzes auf Ebene bestehender Kleinregionen durchgeführt. Die erste Anlaufstelle für Gemeinden sind zertifizierte und geschulte Regionalberater der NÖ Regional GmbH. Im Laufe des Jahres wird es regelmäßige Gemeinde-Updates geben, um den reibungslosen Ablauf von Grobplanung, Mitverlegeprojekten und den Ausbau sicherzustellen.

Zusätzlich erhalten die Gemeinden auf Basis der Grobplanung wertvolle Informationen für eine mögliche Mitverlegung von Glasfaser-Leerrohren bei geplanten Tiefbauprojekten. Derzeit haben sich bereits 48 der 59 Kleinregionen für die kostenlose Grobplanung angemeldet. Seit Anfang 2016 vergibt die nöGIG mittels einer Rahmenvereinbarung an insgesamt sieben Planungsbüros die Realisierung der Grobplanung.

Dank dem Modell NÖ, das alle Betreiber am Markt mit einbezieht, wird Chancengleichheit für alle Gemeinden und Regionen in NÖ hergestellt. Denn schon heute werden in den Pilotregionen Produkte mit Bandbreiten von 300 Mbit/s angeboten. In Niederösterreich sind bis spätestens 2030 dank Glasfaser die Zeiten, in denen Haushalte und Betriebe mit langsamen „bis zu“ Bandbreiten leben mussten, vorbei. ■■



NÖ Regional GmbH

www.noeregional.at

office@noeregional.at

nöGIG

www.noegig.at

office@noegig.at

DAS NÖGEMEINDE PORTRAIT



JÖRG HAUSBERGER AUS BIEDERMANNSDORF

STECKBRIEF

NAME | JÖRG HAUSBERGER
BERUF | AMTSLEITER
ORT | BIEDERMANNSDORF

VIELSEITIGER AMTSLEITER MIT LANDESERFAHRUNG

Wie vielseitig der Beruf des Amtsleiters, der Amtsleiterin ist, zeigt jede einzelne Bewertung dieser Funktion und wurde in den bisherigen Amtsleiter-Porträts auch schon deutlich zum Ausdruck gebracht. In dieser Ausgabe der NÖ GEMEINDE steht mit dem Amtsleiter von Biedermannsdorf (Bezirk Mödling), Jörg Hausberger, ein besonders exemplarischer Vertreter von Vielseitigkeit im Mittelpunkt, was insbesondere auch für dessen Ausbildung gilt.

JOSEPHINER UND MAGISTER

Hausberger ist seit März 2012 Amtsleiter in der 3000-Seelen-Gemeinde Biedermannsdorf im Süden Wiens, die sich trotz der unmittelbaren Nähe zur Bundeshauptstadt ihren dörflichen Charakter weitgehend bewahren konnte. Ein solcher Dorfcharakter entspricht wohl auch der Herkunft Hausbergers, der am 7. August 1975 in der Ostarrichi- und Mostviertel-Gemeinde Neuhofen an der Ybbs geboren wurde. Seine Ausbildung nach der Volks- und Hauptschule verlief auf mehreren Schienen, war jedenfalls sehr vielfältig und von hoher Qualität: So absolvierte er zunächst das Francisco-Josephinum für allgemeine Landwirtschaft in Wieselburg, studierte anschließend

Ius und schloss mit dem „Magister“ ab. Schließlich ließ sich der vielseitig Interessierte auch noch zum diplomierten Krankenhaus-Betriebswirt ausbilden. Dazu kommen noch einige Zusatzqualifikationen, so etwa Schulungen für Probleme des zwischenmenschlichen Bereichs, sogenannte „soft skills“.

BEI NÖ SPITALSREFORM MITGEWIRKT

2001 trat Hausberger in den niederösterreichischen Landesdienst ein und war dort nach Einsätzen auf der Bezirkshauptmannschaft Mödling mit einer Monsteraufgabe betraut: nämlich mit der Eingliederung der Gemeindespitäler in die Landeskompetenz, vor allem mit der Aushandlung eines neuen Dienst- und Besoldungsrechts für die Spitalsärztinnen und Spitalsärzte. Dafür war Hausberger prädestiniert. Es gab eine Reihe von personellen und dienstrechtlichen Verhandlungsebenen, die viel Wissen und Einfühlungsvermögen erforderten. Hausberger war darüber hinaus auch Vortragender in Gesundheits- und Krankenpflegeschulen sowie an der Fachhochschule Sankt Pölten.

„MÄDCHEN FÜR ALLES“

Somit bestens vor- und ausgebildet, wechselte Jörg Hausberger

im März 2012 als Amtsleiter nach Biedermannsdorf, wo ihn neuerlich eine – freilich andersgertete – interessante Tätigkeit erwartete. Der Bogen reicht von organisatorischen Maßnahmen verschiedenster Art über Rechtsberatung, Datenschutz bis zur Vorbereitung und Umsetzung von Gemeinderatsbeschlüssen etc. Immerhin gehören einschließlich Volksschule, Kindergarten, Bauhof und Gemeindeamt selbst an die 50 weibliche und männliche Bedienstete zum Einflussbereich des Amtsleiters, der als „Mädchen für alles“ auf ein mehr als ausgefülltes Berufsleben verweisen kann.

Mag. Hausberger, Vater eines fünfjährigen Sohnes, besitzt übrigens ein sehr interessantes familiäres Umfeld: So ist sein Bruder Oberbereiter der Spanischen Hofreitschule und als solcher Geschäftsführer der Außenstelle Heldenberg dieser berühmten Einrichtung. ■■■



PROF. DR. FRANZ OSWALD
WAR CHEFREDAKTEUR
DER NÖ LANDES-
REGIERUNG UND IST JETZT
FREIER JOURNALIST

IT-SERVICES

DIE LÖSUNG FÜR SCHULEN UND KINDERGÄRTEN

GEMDAT NÖ NIMMT VERWALTUNGSSOFTWARE EDWIN 2.0 WEB INS PROGRAMM

Die gemdat NÖ nimmt die Schulverwaltungssoftware edwin 2.0 web der Schiessel-EDV in ihr Software-Portfolio auf und wird die Lösung in Niederösterreich exklusiv vertreiben, schulen und betreuen.

KOSTENREDUKTION DURCH MODERNE WEBTECHNOLOGIE

Zu den Vorteilen von edwin 2.0 web gehört, dass keine Investitionen in zusätzliche Hardware nötig sind. Software-Updates müssen nicht vor Ort erledigt werden, und die webbasierte Software ist jederzeit und überall erreichbar, auch vom mobilen Device. Ein Umstieg auf das System ist jederzeit, auch während des Schuljahres möglich. Die Daten werden aus dem Altsystem übernommen. edwin 2.0 web zeichnet sich durch eine benutzerfreundliche von Windows gewohnte Oberfläche und eine strukturierte Menüführung für schnelle Arbeitsabläufe aus.

IHRE SICHERHEIT

Datensicherungen und komplizierte Updates vor Ort gehören der Vergangenheit an. edwin 2.0 ist webbasierend und wird automatisch alle fünf Minuten gesichert und ist darüber hinaus von überall und zu jeder Zeit verfügbar. Die Webapplikation wird in einem hochsicheren Rechenzentrum gehostet, zu dessen Services die Durchführung eines regelmäßigen Monitorings, das die Leistung der Server überwacht sowie die Erstellung automatischer Backups gehören. Damit wird eine fast 100-prozentige Ausfallssicherheit erzielt. Die Software wird laufend gewartet und gesetzliche Änderungen werden selbstverständlich zeitnah umgesetzt.

FLEXIBLER AUFBAU FÜR JEDEN SCHULTYP UND KINDERGÄRTEN

„Lebenslanges Lernen“ wird durch edwin 2.0 web von der Kinderbetreuung über die



„Lebenslanges Lernen“ wird durch edwin 2.0 web von der Kinderbetreuung über die Schulverwaltung bis zur beruflichen Aus- und Weiterbildung in einem Programm und einer Benutzeroberfläche abgebildet.



DIE GEMDAT NÖ

Die gemdat Niederösterreich, die 1982 als Anbieter von EDV-Lösungen für Stadt- und Gemeindeverwaltungen gegründet wurde, ist heute mit einem Kundenkreis von 475 Gemeinden und 20 großen Gemeindeverbänden sowie 380 Schulen (mit ca. 2.000 SMART-Boards) und 63 Mitarbeitern der größte kommunale EDV-Dienstleister in Niederösterreich.

Schulverwaltung bis zur beruflichen Aus- und Weiterbildung in einem Programm und einer Benutzeroberfläche abgebildet. edwin ist eine Lösung aus einem Guss, die alle Anforderungen der Administration und des Ausbildungsalltags abdeckt.

edwin integriert auch die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten in die relevantesten Prozesse der modernen Schulkommunikation auf Basis der gesicherten Handysignatur oder mittels E-Mail (Fehlstunden, Klassenbucheinträge, Leistungsbeurteilung). Über ein Aufnahme-Portal können Bewerber alle Daten und Dokumente für den Aufnahmeprozess übermitteln, eine wesentliche Erleichterung für die Schuladministration. ■■■

www.gemdatnoe.at



www.schiessel-edv.at



RECHTSTIPPS AUS DER PRAXIS

BEEINTRÄCHTIGUNG DURCH BÄUME

1. TEIL DER SERIE ZUM THEMA NACHBARRECHT VON FRANZ NISTELBERGER

Beschattung. Eine Unterlassungsklage kann erst nach Durchführung eines außergerichtlichen Streitbeilegungsverfahrens erhoben werden.

Beeinträchtigung durch Bäume ist wiederholt ein aktuelles Thema. Davon können sowohl Gemeinden aktiv als auch passiv betroffen sein, d. h., dass Bäume auf gemeindeeigenem Grund den Nachbarn stören, oder aber gemeindeeigene Grundstücke beeinträchtigt werden. (Besprochen wird hier der zivilrechtliche und nicht der öffentlich-rechtliche Bereich.)

Die maßgebliche Bestimmung für die Beeinträchtigung durch Bäume findet sich im § 364 Abs 3 ABGB. Normiert ist das Versagungsrecht des durch die Einwirkung vor allem durch Entzug von Licht oder Luft betroffenen Grundeigentümers.

Bei dieser Regelung geht es um die Möglichkeit, sich gegen den Entzug von Licht oder Luft durch Bäume oder Pflanzen des Nachbargrundstückes **mit einer Unterlassungsklage** (Unterlassungsanspruch) zur Wehr zu setzen. Abhilfe wird vor allem in den „Beschattungsfällen“ möglich sein, wo es zu einer Überschreitung der örtlichen Verhältnisse und

unzumutbaren Beeinträchtigung der Benutzung des durch den Entzug von Licht oder Luft beeinträchtigten Grundstückes kommt. Nicht nur der betroffene Eigentümer, sondern auch ein Mieter kann bei unzumutbarer Beeinträchtigung durch die Beschattung bei Gericht auf Abhilfe klagen. Eine Unterlassungsklage kann jedoch erst nach Durchführung eines **außergerichtlichen Streitbeilegungsverfahrens** erhoben werden. Das bedeutet, dass vor Klagseinbringung eine **gütliche Einigung** versucht werden muss. Zu diesem Zweck können als Streitbeilegungsstellen die Schlichtungsstellen der Rechtsanwaltskammer, der Notariatskammer und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechtes sowie auch Mediatoren und Gerichte (im Rahmen eines prätorischen Vergleiches) in Anspruch genommen werden.

Kommt es innerhalb von drei Monaten nicht zu einer gütlichen Einigung, kann (aber auch nur dann) geklagt werden.

Für die **erfolgreiche** Geltendmachung einer Unterlassungsklage, z. B. bei Entzug von Licht ist Folgendes maßgebend:
Die Einwirkung durch den Entzug von Licht oder Luft müssen

- ▶ das nach den örtlichen Verhältnissen gröbliche Maß überschreiten und
- ▶ zu einer unzumutbaren Beeinträchtigung der Benutzung des Grundstückes führen.

Es muss sich daher um **massive Fälle** einer Beeinträchtigung handeln. (Fortsetzung folgt) ■■



DR. FRANZ NISTELBERGER IST VERBANDSANWALT DES NÖ GEMEINDEBUNDES

SPIELPLATZ-FÖRDERAKTION IN DER 2. RUNDE

AUS DEN EINREICHUNGEN WURDEN 30 PROJEKTE AUSGEWÄHLT

Die laufende Förderaktion „Schulhöfe und Spielplätze in Bewegung“ – eine Kooperation zwischen dem Land Niederösterreich, der NÖ Familienland GmbH und der Aktion „Natur im Garten“ – ist nun bereits in der zweiten Runde: 60 Gemeinden, Schulgemeinden oder Gesellschaften im Alleineigentum der Gemeinde nutzen die Gelegenheit, einen Förderantrag für einen Schulfreiraum oder Spielplatz zu stellen.

Aus den Einreichungen wurden von einer Fachjury 30 Projekte ausgewählt, mit deren Umsetzung im Februar begonnen wurde. Der gesamte Entstehungsprozess wird vom Projektteam Spielplatzbüro der NÖ Familienland GmbH professionell begleitet.



Der gesamte Entstehungsprozess wird vom Projektteam Spielplatzbüro der NÖ Familienland GmbH professionell begleitet.

JUGENDCOACHES UNTERSTÜTZEN GEMEINDEN

MEHR ALS 80 GEMEINDEN NAHMEN ERSTBERATUNGEN ODER JUGENDTREFFBERATUNGEN IN ANSPRUCH

Mehr als 120 Gemeinden wurden durch das Projekt „Jugendcoaches für NÖ Gemeinden“ seit 2012 erfolgreich gecoacht. „Jugendfragen werden durch ein direkt abrufbares Angebot gelöst, das individuell auf Gemeindebedürfnisse abgestimmt werden kann. Oft reicht schon das Angebot der kostenlosen Erstberatung vor Ort aus, um die Bedürfnisse und Anliegen der Gemeinden zu erfüllen“, erklärt Jugend-Landesrat Karl Wilfing.

38 Gemeinden wurden bisher in langfristigen Prozessen begleitet, wobei sich die Umsetzung je nach Gemeindegröße und Zieldefinition sehr stark unterscheidet. Die Prozessbegleitung wird direkt vor Ort abgestimmt. Mehr als 80 Gemeinden nahmen Erstberatungen oder Jugendtreffberatungen der Jugendcoaches in Anspruch.



Das Jugendzentrum in Wolkersdorf erhielt mit Hilfe des Jugendcoaches einen neuen Standort. Karl Wilfing, Bürgermeisterin Anna Steindl, Vereinsobmann David Fabikan und Martin Dietrich.

VORZEIGE-JUGENDZENTRUM WOLKERSDORF

Als besonderes intensives Projekt mit Beispielwirkung für ganz Niederösterreich hat sich die Jugendstrategie der Stadtgemeinde Wolkersdorf entwickelt. Ein langjährig erfolgreiches Jugendzentrum konnte mit

Unterstützung der Jugendcoaches an einen völlig neuen Standort in Bahnhofsnähe übersiedeln. Während des gesamten Prozesses wurde großer Wert darauf gelegt, die jungen Menschen vor Ort intensiv in die Planung und Umsetzung einzubinden. ■■

BESCHLUSSFASSUNG

DAS DIRIMIERUNGSRECHT IM GEMEINDEVORSTAND

SCHNELLER ENTSCHEIDEN UND SCHNELLER UMSETZEN VON GERALD KAMMERHOFER

Der Gemeinderat, der Gemeindevorstand (Stadtrat) und die Gemeinderatsausschüsse fassen ihre Beschlüsse in Sitzungen (§ 44 Abs.1 NÖ Gemeindeordnung 1973). Allgemein gilt, dass zu einem gültigen Beschluss die Zustimmung von mehr als der Hälfte der in beschlussfähiger Anzahl anwesenden Mitglieder des jeweiligen Gremiums erforderlich ist. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt (§ 51 Abs.1 und 4 NÖ Gemeindeordnung 1973).

NEUE SPEZIALREGELUNG FÜR GEMEINDEVORSTAND

Gemäß Art. 117 Abs. 5 B-VG haben die im Gemeinderat vertretenen Wahlparteien nach Maßgabe ihrer Stärke Anspruch auf Vertretung im Gemeindevorstand.

Nach der ursprünglichen Regelung in der NÖ Gemeindeordnung 1973 galt ein Antrag auch im Gemeindevorstand bei Stimmgleichheit als abgelehnt. In der Praxis konnte damit in bestimmten Fällen keine Entscheidung getroffen werden, weil sich bei wiederholten Abstimmungen keine Änderungen im Stimmverhalten ergab.

Weiters konnte – ungeachtet der Möglichkeit, die Anzahl der Mitglieder mit Beschluss des Gemeinderats festzulegen – die Aufteilung der Stellen auf die im Gemeinderat vertretenen Wahlparteien nach dem Verhältnis der Parteisummen dazu führen, dass die im Gemeinderat bestehenden Mehrheitsverhältnisse im Gemeindevorstand bzw. Stadtrat keine Entsprechung fanden.

DIRIMIERUNGSRECHT FÜR 1. VIZEBÜRGERMEISTER

Diese „Patt-Situation“ hat der Gesetzgeber mit der Einführung des „Dirimierungsrechtes“ (NÖ

Landtag, Ltg.-690/A-1/48-2015) entschärft. § 56 Abs. 2 NÖ Gemeindeordnung 1973 wurde dahingehend geändert, dass zwar zu einem gültigen Beschluss – wie bisher – die einfache Mehrheit der in beschlussfähiger Anzahl anwesenden Mitglieder des Gemeindevorstandes (Stadtrates) erforderlich ist, bei Stimmgleichheit aber jene Anschauung als zum Beschluss erhoben gilt, der der erste Vizebürgermeister beiträgt.

Dadurch wurde im Sinne einer rascheren Entscheidungsfindung eine im Wahlrecht (vgl. § 16 Abs. 4 NÖ Gemeinderatswahlordnung) bereits etablierte Regelung für den Gemeindevorstand bzw. Stadtrat in adaptierter Form eingeführt.

Dieses Dirimierungsrecht des ersten Vizebürgermeisters für den Fall des Stimmgleichstandes dient der Entschärfung der eingangs ausgeführten Problematik. Es kommt ausschließlich dem vom Gemeinderat (ohne Bindung an eine bestimmte Wahlpartei) gewählten ersten Vizebürgermeister zu, ein Übergang auf den zweiten (bzw. allenfalls dritten) Vizebürgermeister im Fall der Abwesenheit des ersten Vizebürgermeisters kommt nicht in Betracht.

AUSWIRKUNGEN

Betroffen von dieser Regelung können alle vom Gemeindevorstand (bzw. Stadtrat) zu treffenden Entscheidungen im Rahmen seiner Kompetenzen sein, das sind insbesondere

1. die Vorberatung und Antragstellung der zum Wirkungskreis des Gemeinderates gehörenden Angelegenheiten, ausgenommen jene, für die in der Sitzung des Gemeinderates ein Antrag gemäß § 22 Abs. 1 NÖ Gemeindeordnung gestellt wurde;

„EIN ÜBERGANG AUF DEN ZWEITEN VIZEBÜRGERMEISTER IM FALL DER ABWESENHEIT DES ERSTEN VIZEBÜRGERMEISTERS KOMMT NICHT IN BETRACHT“



2. der Erwerb und die Veräußerung beweglicher Sachen sowie die Vergabe von Leistungen (Herstellungen, Anschaffungen, Lieferungen und Arbeiten), wenn der Wert in der Gesamtabrechnung oder bei regelmäßig wiederkehrenden Vergaben und bei Dauerschuldverhältnissen der Jahresbetrag
 - ▶ bei Vorhaben des ordentlichen Haushaltes 0,5 Prozent der Einnahmen des ordentlichen Haushaltes, höchstens jedoch 47.082 Euro (LGBl. Nr. 39/2015) und
 - ▶ bei Vorhaben des außerordentlichen Haushaltes 10 Prozent des hierfür vorgesehenen Vorhabensbetrages laut Voranschlag nicht übersteigt;
3. die Gewährung von Zahlungserleichterungen für privatrechtliche Forderungen und für Abgabenschuldigkeiten; die Löschung fälliger, uneinbringlicher Abgabenschuldigkeiten, die Nachsicht fälliger Abgabenschuldigkeiten wegen Unbilligkeit und die gänzliche oder teilweise Abschreibung zweifelhafter oder uneinbringlicher Forderungen öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Natur bis zu einem Wert von 0,5 Prozent der Einnahmen des ordentlichen Haushaltes, ausgenommen bei Konkurs- und Ausgleichsverfahren;
4. die Grundsatzentscheidung sowie die Vergabe von Aufträgen zur Durchführung von Bauvorhaben bis zu dem Gesamtwert von 47.082 Euro (LGBl. Nr. 39/2015);
5. die Aufnahme nicht ständig Bediensteter für länger als sechs Monate, deren Entlassung

sowie die einverständliche Lösung solcher Dienstverhältnisse;

6. Anträge, ausgenommen jene nach § 110 Abs. 3 NÖ Gemeindeordnung 1973 (Mandatsverlust eines Gemeinderatsmitgliedes), Beschwerden und Klagen an den Verfassungsgerichtshof oder an den Verwaltungsgerichtshof;
7. die Ausübung eines der Gemeinde zustehenden Patronats- oder Präsentationsrechtes sowie das ihr zustehende Verleihungsrecht von Stiftungen und die Angelegenheiten der Errichtung von gemeindlichen Stiftungen und Fonds;
8. die Gewährung von Gehaltsvorschüssen an Gemeindebedienstete, wenn der Gehaltsvorschuss im einzelnen drei Monatsbezüge übersteigt.

Dem Gemeindevorstand (Stadtrat) obliegen darüber hinaus alle in den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde fallenden Angelegenheiten, soweit diese nicht ausdrücklich einem anderen Organ zugewiesen sind (§ 36 Abs.1 NÖ Gemeindeordnung 1973).

Auch in den behördlichen Verfahren des eigenen Wirkungsbereiches (z.B. Bauverfahren, Abgabenverfahren) kann diese Regelung zur Anwendung kommen, da der Gemeindevorstand bzw. Stadtrat über Berufungen gegen Bescheide des Bürgermeisters zu entscheiden hat (§ 60 Abs.1 Z.1 NÖ Gemeindeordnung 1973). ■■

Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des ersten Vizebürgermeisters.



MMAG. GERALD
KAMMERHOFER IST
LANDESGESCHÄFTS-
FÜHRER DES
NÖ GEMEINDEBUNDES

STEUERN

NEUERUNGEN IN DER PERSONALABRECHNUNG

Das Kernstück der im vergangenen Jahr beschlossenen und ab 1.1.2016 in Kraft getretenen Steuerreform ist eine Modifizierung des Einkommensteuertarifs mit einer wesentlichen Abflachung der Grenzsteuersätze, welche auch im Bereich der Personalabrechnung für die Lohnsteuerberechnung maßgeblich sind.

NEUER EINKOMMENSTEUERTARIF

- | | |
|---------------------------------|------|
| ▶ EUR 0 bis EUR 11.000: | 0 % |
| ▶ EUR 11.001 bis EUR 18.000: | 25 % |
| ▶ EUR 18.001 bis EUR 31.000: | 35 % |
| ▶ EUR 31.001 bis EUR 60.000: | 42 % |
| ▶ EUR 60.001 bis EUR 90.000: | 48 % |
| ▶ EUR 90.001 bis EUR 1.000.000: | 50 % |
| ▶ über EUR 1.000.000: | 55 % |
- (befristet bis 2020)

Durch diese Maßnahme steigen die Nettoeinkommen bei fast allen Einkommensschichten und kann es – je nach Höhe des Einkommens – zu einer Entlastung von bis zu 2.400 Euro pro Jahr kommen. Eine höhere steuerliche Belastung gibt es jedoch für alle Einkommensmillionäre.

PKW-SACHBEZUG

Wird einem Arbeitnehmer ein Kraftfahrzeug für Privatfahrten (hiez zu zählen auch Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte) zur Verfügung gestellt, ist im Rahmen der Personalabrechnung ein Sachbezug zum Ansatz zu bringen. Dieser betrug bislang monatlich 1,5 Prozent (maximal 720 Euro pro Monat) der tatsächlichen Anschaffungskosten des Kraftfahrzeuges (einschließlich USt und NoVA). Mit 1.1.2016 wurde der Sachbezug für PKW mit einem CO₂-Ausstoß von mehr als 130 g/km auf 2 Prozent pro Monat (maximal 960 Euro monatlich) angehoben. Für PKW mit einem CO₂-Ausstoß von 130 g/km oder weniger kommt weiterhin der Sachbezug von 1,5 Prozent zur Anwendung.



FOTO: shutterstock/Monkey Business Images



FOTO: Alexander Isichenko

Mit 1.1.2016 wurde der Sachbezug für PKW mit einem CO₂-Ausstoß von mehr als 130 g/km auf 2 Prozent pro Monat angehoben.

DAS JAHR 2016 BRINGT ZAHLREICHE – TEILWEISE EMPFINDLICHE – ÄNDERUNGEN IM BEREICH DER PERSONALABRECHNUNG, WELCHE IM NEUEN JAHR VON PERSONALABRECHNERN UND PERSONALVERANTWORTLICHEN BEACHTET WERDEN MÜSSEN.

VON BERNHARD GEIGER



Der CO₂-Grenzwert von 130 g/km ist für sämtliche Kfz maßgeblich, welche im Jahr 2016 und davor angeschafft wurden. Der für den reduzierten Sachbezug (1,5 Prozent monatlich) einschlägige Grenzwert wird in den Jahren 2017 bis 2020 jährlich um jeweils drei Gramm pro Kilometer abgesenkt. Für die Berechnung des Sachbezuges ist jedoch der für das Jahr der Anschaffung vorgesehene maximale CO₂-Emissionswert relevant. Für einen PKW mit einem CO₂-Ausstoß von z. B. 130 g/km, welcher im Jahr 2016 angeschafft wurde, kann daher auch in den darauffolgenden Jahren der reduzierte Sachbezugs-wert zum Ansatz gebracht werden. Um der Ökologisierung des Steuersystems Rechnung zu tragen, kommt für Kraftfahrzeuge mit einem CO₂-Emissionswert von 0 g/km zukünftig kein Sachbezug zum Ansatz.

SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHT FÜR JUBILÄUMSGELDER

Zahlreiche Kollektivverträge in Österreich sehen die Verpflichtung zur Auszahlung von Jubiläumsgeldern nach einer Beschäftigung von einer bestimmten Anzahl an Dienstjahren im Betrieb vor. Bisher sind für solche Jubiläumsgeldzahlungen keine Sozialversicherungsbeiträge angefallen. Mit 1.1.2016 wurde die betreffende Befreiung jedoch gestrichen, weshalb sämtliche Jubiläumsgeldzahlungen sozialversicherungspflichtig sind. Es müssen daher zukünftig sowohl Dienstnehmer- als auch Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung abgeführt werden, sofern die jeweilige Person die Höchstbeitragsgrundlage (Wert 2016: 4.860 Euro pro Monat) noch nicht überschritten hat.

Da diese Maßnahme zu einer teilweise erheblichen Mehrbelastung führt, wurde als „Ausgleich“ für die nun eintretende Sozialversicherungspflicht bei Jubiläumsgeldern, eine zusätzliche lohnabgabenrechtliche

Befreiung im Ausmaß von 186 Euro pro Jahr und Mitarbeiter für Jubiläumsgeschenke (Dienstnehmer- bzw. Dienstgeberjubiläum) eingeführt.

Damit dieser Steuerfreibetrag auch tatsächlich in Anspruch genommen werden kann, muss es sich um eine Sachzuwendung (z. B. Gutscheine) handeln. Der Steuerfreibetrag für Jubiläumsgeschenke gebührt zusätzlich zu jenem für Geschenke im Rahmen von Betriebsveranstaltungen (z. B. Weihnachtsgeschenke), sodass der Steuerfreibetrag von 186 Euro unter Umständen zwei Mal pro Jahr genutzt werden kann.

ANHEBUNG DER STEUERFREIEN MITARBEITERBETEILIGUNG

Wie bereits im Regierungsprogramm für die aktuelle Legislaturperiode vorgesehen, wurde der Mitarbeiterbeteiligungs Freibetrag von 1.460 auf 3.000 Euro pro Jahr angehoben. Dies bedeutet im konkreten, dass Mitarbeiter zukünftig aus der unentgeltlichen oder verbilligten Abgabe von Kapitalanteilen am Unternehmen des Arbeitgebers (oder mit diesem verbundene Konzernunternehmen) steuerlich verstärkt profitieren, sofern bestimmte weitere Voraussetzungen erfüllt sind, wie z. B., dass der Vorteil allen oder bestimmten Gruppen von Mitarbeitern zukommen oder die Beteiligung mindestens fünf Jahre gehalten werden muss.

MITARBEITERRABATTE

Ein durchaus heikles Prüfungsthema bei Lohnabgabenprüfungen in der Vergangenheit war die Gewährung von Mitarbeiterrabatten. Mit der seit 1.1.2016 geltenden Neuregelung wurde dieser Themenkomplex zumindest teilweise entschärft. So sind Mitarbeiterrabatte bis maximal 20 Prozent Rabatt vom Letztverbraucher-Endpreis steuerfrei. Bei höheren Rabatten gilt ein Gesamtbetrag von 1.000 Euro pro Kalenderjahr, welcher steuerfrei belassen werden kann. ■■

JUBILÄUMS-
ZAHLUNGEN SIND
SEIT 1.1. **SOZIAL-
VERSICHERUNGS-
PFLICHTIG.**



MMAG. BERNHARD
GEIGER IST STEUER-
BERATER BEI DELOITTE



AKADEMIE 2.1

START VON NEUEN SEMINARANGEBOTEN 2016

EINFACHE ONLINEANMELDUNG ÜBER DIE HOMEPAGE

Weiterbildung in der politischen Tätigkeit ist eine Voraussetzung für den Erfolg der Gemeindevertreter der VPNÖ. „Das entsprechende Rüstzeug für die tägliche Arbeit und Tipps zum praxis- und ortsnahen Umgang mit den Bürgern bekommen unsere Funktionäre in den Seminaren und Lehrgängen der Akademie 2.1“, so Alfred Riedl, Präsident des NÖ Gemeindebundes.

Das neue Folderprogramm 2016 wurde per Post an alle VP-Funktionäre versandt. Alle Termine, Informationen und Anmelde-möglichkeiten ab sofort unter www.akademie21.at.

EXKLUSIVE LEHRGÄNGE 2016

Gestartet wird mit dem **Kommunalmanagerlehrgang XIII** Anfang März 2016, Geboten wird eine umfassende Ausbildung in 13 Modulen als optimale Basis für die kommunalpolitische Tätigkeit. Bei Interesse bitte bis spätestens 12. Februar um Zusendung eines Lebenslaufs, inklusive bisherige politische Tätigkeiten, plus einem Motivationsschreiben an brigitte.karner@akademie21.at. Vor der endgültigen Aufnahme werden die möglichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 17. Februar 2016 zu einem Hearingtermin in die Landespartei mit Vertretern der VPNÖ, des NÖ Gemeindebundes und des Landtagsklubs eingeladen.

INTERESSENTEN AM KOMMUNAL-MANAGERLEHRGANG WERDEN **ZU EINEM HEARING-TERMIN** EINGELADEN

Anmeldefrist für den Speziallehrgang Frauen „Frauen-Power in der NÖ Politik“ ist der 16. Februar 2016. Dieser exklusive Lehrgang mit praxisnahem Training in insgesamt fünf Workshops/Modulen, vielen politischen Tipps und Musterbeispielen sowie intensive Austauschmöglichkeit mit NÖ Politikerinnen und Vernetzungsgespräche mit NÖ Expertinnen startet am 20. Februar 2016.

Das **Intensivtraining für BürgermeisterInnen** beginnt am 20. Februar 2016 mit dem Modul „Moderne politische Parteiarbeit“, Referenten sind Thomas Hofer und VPNÖ-Landesgeschäftsführer Bernhard Ebner.

ERSTE SEMINARANGEBOTE AB MITTE FEBRUAR

Einfach auf der Akademie-Homepage durchklicken und rasch anmelden zu „Gemeindeordnung für Minderheitsgemeinden“, „Medienrecht für Kommunalfunktionäre“, „Fotoworkshop & digitale Bildbearbeitung“, „Lampenfieber ade – Wege zur stressfreien Rede“, „Politische Argumentation“ und vieles mehr. ■■

Alle Seminartermine und detaillierte Infos unter www.akademie21.at

ENERGIE UND UMWELT

SPAREN MIT MODERNER STRASSENBELEUCHTUNG

DIE FÖRDERSCHEINE FÜR KOMMUNEN WURDE AUCH FÜR 2016 VERLÄNGERT.

Seit 2012 fördert und begleitet das Land Niederösterreich die Gemeinden beim Energiesparen. Heute sind rund 560 Energiebeauftragte in den Gemeinden aktiv, die Energie- und Umweltagentur NÖ hat sich als Service- und Bildungsdrehscheibe etabliert. Die beiden wesentlichen Förderschienen – die Energiespar-Gemeinde Förderung als auch die Landesfinanzsonderaktion für thermische Sanierungen – werden auch für 2016 verlängert.

Insgesamt wurden seit dem Start rund 900 Projekte gefördert. 10 Millionen Euro wurden direkt ausbezahlt, weitere 17 Millionen Euro wurden an Darlehen unterstützt.

Gefördert werden Straßenbeleuchtungen, Photovoltaik- und Solaranlagen, Nahwärmeanschlüsse, Elektroautos und auch bauliche Maßnahmen. „Der Mehrwert für die Gemeinden ist auch finanziell spürbar, so spart eine moderne Straßenbeleuchtung 70 Prozent Strom gegenüber einer alten Anlage. Bei 87.000 getauschten Lichtpunkten seit 2012 ergibt sich eine jährliche Einsparung von 4,35 Millionen Euro“, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka.

IMPULSE FÜR DIE REGIONALE WIRTSCHAFT

„Niederösterreich setzt zu 100 Prozent auf Strom aus Erneuerbarer Energie. Dieses wichtige Etappenziel am Weg zur Energiewende haben wir vor Kurzem erreicht, dafür haben auch die Gemeinden einen immensen Beitrag geleistet“, erläuterte Umweltlandesrat Stephan Pernkopf. Insgesamt haben die Kommunen in den letzten Jahren rund 100 Millionen Euro investiert. Pernkopf weiter: „Diese Anstrengungen helfen nicht nur der Umwelt, sondern kurbeln auch die regionale Wirtschaft an und schaffen Arbeitsplätze vor Ort. Diesen Weg müssen wir gemeinsam weitergehen, denn mit jedem zusätzlichen Prozent sauberem Strom drängen wir Öl,



Umweltlandesrat Stephan Pernkopf, Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka und NÖ-Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl.

„DIE NIEDERÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEN STEHEN ZUR IHRER VERANTWORTUNG ALS MULTIPLIKATOREN UND TRANSFORMATOREN IM BEREICH DER ERNEUERBAREN ENERGIEN.“

NÖ GEMEINDEBUND
PRÄSIDENT
ALFRED RIEDL

Gas und die Atomkraft zurück und erhöhen gleichzeitig die Wertschöpfung im eigenen Land.“

GEMEINDEN ALS VORBILD FÜR DIE BÜRGER

NÖ Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl hob bei der gemeinsamen Pressekonferenz die Partnerschaft zwischen Land und Gemeinden hervor: „Die niederösterreichischen Gemeinden stehen zu ihrer Verantwortung als Multiplikatoren und Transformatoren im Bereich der erneuerbaren Energien. Mit dem Maßnahmenpaket und der Förderung können sie nun auch in der direkten Umsetzung Vorbild für die Bürger sein. In meiner Gemeinde habe ich beispielsweise durch die Umstellung der gesamten Straßenbeleuchtung auf LED eine Ersparnis von 68.000 Euro an Energiekosten pro Jahr erreicht. Dazu waren allerdings Investitionen von rund 700.000 Euro notwendig.“ ■■



ORTSKERNBELEBUNG

KOMPAKT STATT ZERSIEDELT

WIE KRUMMNUSSBAUM DEN ORTSKERN BELEBT VON MARTINA NAGL

Ortskernbelebung ist in sehr vielen Gemeinden Österreichs ein Thema. Geredet wird viel, umgesetzt wenig. Eine Gemeinde in Niederösterreich zeigt, wie man von der Theorie in die Praxis kommt. Krummnußbaum im Bezirk Melk hat die Zersiedelung gestoppt und setzt jetzt konsequent auf Innenentwicklung.

Bürgermeister Bernhard Kerndler: „Der Startschuss fiel bei uns im Rahmen einer Weiterbildung. Gemeinsam mit drei weiteren Personen aus unserer Gemeinde habe ich den Lehrgang des Klimabündnis zum Kommunalen Bodenbeauftragten absolviert. Dort wurden uns so richtig die Augen geöffnet. Die Problematik der Zersiedelung war uns ja schon vorab bekannt, die Folgen allerdings nicht. Die wenigsten wissen, dass sich Entscheidungen bei der Flächenwidmung vor allem langfristig massiv auf die Gemeindefinanzen auswirken. An technische Infrastruktur wie Kanal, Strom oder Wasser



MARTINA NAGL
IST BEREICHSLEITERIN
BODEN IM KLIMABÜNDNIS
ÖSTERREICH UND
VORSTAND IM EUROPÄISCHEN
BODENBÜNDNIS

denkt man. An soziale Infrastruktur wie Schulbus, Essen auf Rädern oder Heimhilfe dagegen weniger. Dabei kostet letzteres im zersiedelten Gebiet zwanzigmal mehr als in kompakten Ortskernen. Wenn wir nicht in Heimhilfe die Verdichtung gehen würden, wäre unsere Finanzlage bald noch enger.“

DAS PROJEKT „DIE NEUE MITTE“

Nach dem Lehrgang ging es gleich in die Praxis. Die Gemeinde wechselte den Raumplaner. „Hans Emrich war im Lehrgang einer der Vortragenden. Den wollte ich haben“, so Kerndler. Gestartet wurde mit einer Leerstandsanalyse und Infoabenden. 80 BesitzerInnen von Grundstücken und Objekten wurden eingeladen und Bewusstsein für die Themen Ortskernbelebung, Leerstand, Zersiedelung und Verlust der Nahversorgung geschaffen. Gemeinsam wurden die Eckpfeiler der Ortsentwicklung neu gesteckt: Innen- statt Außenentwicklung. Für eine geplante Siedlung wurde ein Energieaus-

Der neue Veranstaltungsstadl im Ortskern von Krummnußbaum: Der Habsburger-Stadl wurde von Freiwilligen in Persenbeug abgebaut und in Krummnußbaum wieder aufgestellt.

weis erstellt. Die bereits vorliegenden Pläne wurden danach wieder zurückgestellt. Herausgekommen ist dagegen das Projekt „Die neue Mitte“. Ein Veranstaltungsstadl wurde bereits im Zentrum angesiedelt. Im Brandstetter Hof soll zudem erstmals eine richtige Ortsmitte entstehen. Platz finden dort der Nahversorger, eine Arztpraxis, ein Café, ein Frisör, betreutes Wohnen, ein Schulungszentrum und Mehrzweckraum sowie Büroräume und über 20 Wohneinheiten. Krummnußbaum schafft mitten im Ortskern Platz für Wohnen und Arbeiten. Bereits im Frühjahr ist Baubeginn – schon vorab gab es eine Auszeichnung: den VCÖ-Mobilitätspreis. Das umfassende Ortskernprojekt war zudem auch ein Schlüssel für die Verbesserung der Mobilität. Mit Fahrplanwechsel im Dezember kam es zu einer massiven Aufwertung der Bahnstation Krummnußbaum. Seither gibt es eine stündliche Verbindung Richtung Amstetten und St. Pölten. Noch im Planungsstadium ist ein weiterer Meilenstein. Die durch den Ort führende Landesstraße soll zu einer Begegnungszone werden. ■■■



Krummnußbaums Bürgermeister Bernhard Kerndler (Mitte) ist ausgebildeter Kommunalr Bodenbeauftragter. Im Foto mit Josef Ober (Bürgermeister Feldbach), Martina Nagl (Klimabündnis), Lehrgangsuniv.-Prof. Gerlind Weber, Peter Molnar (Klimabündnis) und Christian Steiner (Land NÖ).

TERMIN & INFOS

Der nächste Lehrgang „Kommunale Bodenbeauftragte“ startet im April 2016.

www.klimabuendnis.at/lehrgaenge

Infos, Good-Practice-Beispiele und eine Anleitung „Schritt für Schritt zum Bodenschutz“ bietet das Klimabündnis Gemeinden in einem eigenen Leitfaden.

www.klimabuendnis.at/leitfaden-bodenschutz

GEMEINDE-WETTBEWERB CLIMATE STAR 2016

KLIMABÜNDNIS SUCHT DIE BESTEN KLIMASCHUTZ-PROJEKTE EUROPAS

Der europäische Wettbewerb für die besten kommunalen Klimaschutz-Projekte ist wieder gestartet. Bereits zum siebenten Mal können laufende und abgeschlossene Projekte eingereicht werden – von Energie, Mobilität, Ernährung bis zur nachhaltigen Beschaffung. Teilnahmechluss für Klimabündnis-Gemeinden und Regionen ist der 31. März 2016. Die Sieger werden auf Einladung von Niederösterreichs Umweltlandesrat Stephan Pernkopf am 6. Oktober im Rahmen einer Gala im Schloss Grafenegg ausgezeichnet. In vier nach Einwohnerzahl gestaffel-

ten Kategorien werden KlimaAwards vergeben. „Die Climate-Star-Gala ist



Die Regionalstellenleiterin des Klimabündnis Niederösterreich, Petra Schön, mit Umweltlandesrat Stephan Pernkopf.

heuer der Höhepunkt einer zweitägigen internationalen Klimaschutz-konferenz des Klimabündnis. In unserer Energie- und Umweltpolitik haben wir letztes Jahr ein Etappenziel erreicht: 100 Prozent Strom aus Erneuerbaren Energiequellen wie Wasser, Wind, Sonne und Biomasse. Wir möchten auch die Gelegenheit nutzen, um uns mit europaweiten Vorreitern im Klimaschutz auszutauschen und uns als Modellregion präsentieren“, so Umweltlandesrat Pernkopf. ■■■

www.umweltgemeinde.at/energiebuchhaltung



FÖRDERUNG FÜR ELEKTRO-MOBILITÄT WIRD FORTGESETZT

ZUSCHÜSSE FÜR LADESTATIONEN UND SPEICHER



2014 wurde mit dem „Förderprogramm mit inkludiertem Begeisterungspaket“ des Landes Niederösterreich ein Meilenstein im Bereich der Elektromobilitätsförderung gesetzt. Denn zusätzlich zur finanziellen Ankaufsförderung sollten die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher mit außergewöhnlichen Zusatzangeboten – vom e-mobil Fahrtechnik-Training über das Thema Langstreckenmobilität bis hin zur Verknüpfung von e-Fahrzeugen mit öffentlichen Verkehrsmitteln – für die neue Mobilitätsform gewonnen werden. Dieses Konzept ist voll aufgegangen. Bisher wurde der Ankauf von 520 e-PKW, das sind rund 70 Prozent aller in Niederösterreich gekauften e-PKW, unterstützt.

NEUE KOSTENZUSCHÜSSE

Seit 1. Jänner gibt es zusätzlich zu den Förderungen bei Ankauf von Elektrofahrzeugen auch einen Kostenzuschuss für die Anschaffung, Installa-

tion und Inbetriebnahme von Ladestationen für Zuhause, einen Kostenzuschuss für die Anschaffung und Installation stationärer Stromspeicher sowie Energiemanagementsysteme, einen Kostenzuschuss für zwei Jahrestickets für öffentliche Verkehrsmittel sowie einen Kostenzuschuss für die ÖBB Vorteils-card.

tion und Inbetriebnahme von Ladestationen für Zuhause, einen Kostenzuschuss für die Anschaffung und Installation stationärer Stromspeicher sowie Energiemanagementsysteme, einen Kostenzuschuss für zwei Jahrestickets für öffentliche Verkehrsmittel sowie einen Kostenzuschuss für die ÖBB Vorteils-card.

JEWELS ZEHN FAHRZEUGE FÜR GEMEINDEN

Neu ist auch, dass ab 2016 bis zu zehn Fahrzeuge für Unternehmen, Gemeinden und Vereine gefördert werden. Zusätzlich wird diese Gruppe mit einem Kostenzuschuss für die Anschaffung von e-Car-Sharing Equipment unterstützt. ■■

UMWELT.GEMEINDE.RAT.

UMWELTGEMEINDEN DISKUTIEREN

WORKSHOPS DER ENERGIE- UND UMWELTAGENTUR

Die Elektro-Mobilität stand im Fokus der UMWELT.GEMEINDE.RAT.-Foren quer durch Niederösterreich. In St. Pölten, Guntramsdorf, Horn, Wolkersdorf und Krummnußbaum organisierte die Energie- und Umweltagentur NÖ Workshops für die Umweltgemeinderätinnen und Umweltgemeinderäte. Insgesamt über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer brachten sich in den Erfahrungsaustausch ein.

E-FAHRZEUGE SIND BEREITS ETABLIERT

Anfangen von E-Carsharing über den Einsatz in der Gemeindeflotte bis hin zu Essen auf Rädern sind E-Fahrzeuge im kommunalen wie im öffentlichen Bereich bereits etabliert.

Wichtigste Voraussetzung für den Ausbau von Elektromobilität ist, dass die Nutzerinnen und Nutzer von den Vorteilen überzeugt werden. Ein wesentlicher Faktor ist der Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur an stark



Umweltgemeinderäte-Forum in Wr. Neustadt. Gerald Fr. NÖ), Hans-Peter Mimra (Markt Piesting), Kurt Kamper Reisacher (Zillingdorf), Alexander Pilhar (Hohe Wand),

EINDERÄTE E-MOBILITÄT

TUR NÖ

frequentierten Orten wie Hauptplätzen. Im Bereich von Gemeindegebäuden ist eine Kombination mit einer Photovoltaik-Anlage sinnvoll. Da Gemeinden den Strom an die Fahrzeugnutzer nicht verkaufen können, kann die Verrechnung über die Parkdauer erfolgen. In vielen Gemeinden ist das Betanken für die Bevölkerung allerdings gratis.

„Das Umwelt-Gemeinde-Service unterstützt die Kommunen beim Aufbau von E-Carsharing-Modellen, mit der Bereitstellung von Infomaterialien, dem Aufzeigen von best-Practice-Modellen sowie mit Infoveranstaltungen Vor-Ort“, so Hubert Fragner, Bereichsleiter für Gemeinden und Regionen in der Energie- und Umweltagentur NÖ. ■■

www.umweltgemeinde.at

www.enu.at

Gemeinde Telefon der Energie- und Umweltagentur

Tel.: 02742/22 14 44



Franz, Hubert Fragner (beide Energie- und Umweltagentur (Hohe Wand), Krista-Gilda Rassner (Hohe Wand), Franz Gerald Stradner (Energie- und Umweltagentur NÖ).

GELD SPAREN UND DIE UMWELT SCHÜTZEN

DIE PHOTOVOLTAIKFÖRDERUNG 2016



Wer seinen Sonnenstrom aus PV-Anlagen zwischen 5 und 200 kWpeak ins Netz einspeisen möchte, erhält heuer laut Ökostrom-Einspeisetarifverordnung 8,24 Cent pro Kilowattstunde und einen Investitionszuschuss von 40 Prozent der Errichtungskosten, jedoch maximal 375 Euro je Kilowattpeak. Für das Jahr 2016 stehen acht Millionen Euro an Fördermitteln bereit. Die Grundlage für die Förderung ist das Ökostromgesetz. Die konkreten Förderhöhen werden jährlich mittels Verordnung (Ökostromverordnung) festgelegt. Bei einer Förderzusage wird jede Kilowattstunde aus einer neuen Anlage größer fünf bis 200 Kilowattpeak mit 8,24 Cent auf die Dauer von 13 Jahren vergütet. Zusätzlich wird

Für heuer stehen acht Millionen Euro an Fördermitteln bereit.

ein Investitionszuschuss von 40 Prozent beziehungsweise maximal 375 Euro pro Kilowattpeak gewährt. Die Anlagen müssen an oder auf einem Gebäude angebracht werden.

Für Anlagen, die in die Fassade oder das Dach integriert sind und eine Leistung zwischen 5 und 20 Kilowattpeak erzielen, besteht die Möglichkeit einen Netzparitätstarif in Höhe von 18 Cent/kWh zu erhalten. Für die Installation wird in diesem Fall kein Investitionszuschuss gewährt. Ob der Netzparitäts-Tarif gewährt wird, entscheidet die Förderstelle. ■■

Die Antragstellung läuft ausschließlich über das Internet über

www.oem-ag.at.

Energieberatungshotline der Energie- und Umweltagentur NÖ:

0123 456 789

www.energieberatung-noe.at

www.enu.at



NÖ BAUT DIE GÜNSTIGSTE WOHNFORM ÖSTERREICHS

DAS SONDERWOHNBAUPROGRAMM
„WOHN.CHANCE.NÖ.“



Um eine Wohnung beziehen zu können, gelten die halbierten Einkommensgrenzen der NÖ Wohnbauförderung

Für Menschen mit kleinem Budget aber mit großen Zielen startet das Land NÖ das Sonderwohnbauprogramm „Wohn.Chance.NÖ“. 100 Wohnhäuser mit je acht Wohneinheiten für je vier Personen sind geplant. Die Eckpunkte: Smarte Architektur, durch eine zweistöckige Holzbau-Konstruktion ohne Keller. Clevere Raumaufteilung, auf 60m² finden bis zu vier Personen ausreichend Platz.

Zu jeder Wohneinheit gehört auch ein Parkplatz und ein Abstellraum. Jede Familie findet im Garten ein eigenes Hochbeet zur Bewirtschaftung. „Die günstigste Wohnform Österreichs mit rund 250 Euro Monatsmiete für eine Neubauwohnung ist Smart und State of the art. Auf Grund der günstigen Miete ist auch die Auszahlung eines Wohn-

zuschusses nicht mehr notwendig“, so Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka anlässlich der Präsentation. „Um eine Wohnung beziehen zu können, gelten die halbierten Einkommensgrenzen der NÖ Wohnbauförderung. „Wohn.Chance.NÖ.“ soll Familien mit geringen Einkommen sozialen Aufstieg ermöglichen. Die reinen Errichtungskosten für 100 Wohnhäuser betragen rund 50 Mio. Euro, womit rund 1.000 Arbeitsplätze im Jahr 2016 geschaffen bzw. gesichert werden. ■■

VOR 20 JAHREN: NÖG ERSCHIEN IN NEUEM LAYOUT

Wie jetzt erschien die NÖ Gemeinde Anfang 1996 in neuem Layout. Dass Herausgeber Walter Zimmer meinte: „Es geschehen noch Zeichen und Wunder“, bezog sich aber nicht auf das neue Erscheinungsbild der Zeitschrift. Grund für die Verwunderung war die Tatsache, dass Budgetansätze für NÖKAS und Sozialhilfe gegenüber 1995 nicht neuerlich gesteigert, sondern sogar gesenkt worden waren. Zurückzuführen sei das auf eine vernünftige Ausgabenpolitik, eine neue Spargesinnung und eine Politik mit Augenmaß. Die Zeiten von bis zu 20-prozentigen Steigerungsraten seien damit vorbei, meinte Zimmer. Weniger Grund zur Freude hatte man in der ÖVP mit dem Ausgang der Nationalratswahl, die Ende 1995 stattgefunden hatte. Entgegen den Hoffnungen hatte die ÖVP nur leicht

zugewonnen, die SPÖ hatte aber mehr als drei Prozentpunkte zugelegt. Die politische Kurskorrektur, die die ÖVP zur Sanierung der Staatsfinanzen angestrebt hat, sei von den Wählern nicht ausreichend bestätigt worden, meinte GVV-Landesobmann Franz Rupp. Und weiter: „Ich bin persönlich davon überzeugt, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung weiß bzw. spürt, dass wir uns den liebgewonnenen Sozialstaat nicht mehr leisten können. Aber es gehört auch zu den Eigenheiten der österreichischen Seele, unangenehme Realitäten zu verdrängen ...“ Das „trübe Angstgemisch“, das die SPÖ im Wahlkampf



aufgetischt habe, sei erschöpft. Für die Budgets 1996 und 1997 betrage der Sanierungsbedarf rund 100 Milliarden Schilling. Österreich stehe also, egal wer regiere, ein harter Sparkurs bevor. Auch die Gemeinden standen vor einer schwierigen Finanzlage. Im Jahr 1994 waren die Schulden der niederösterreichischen

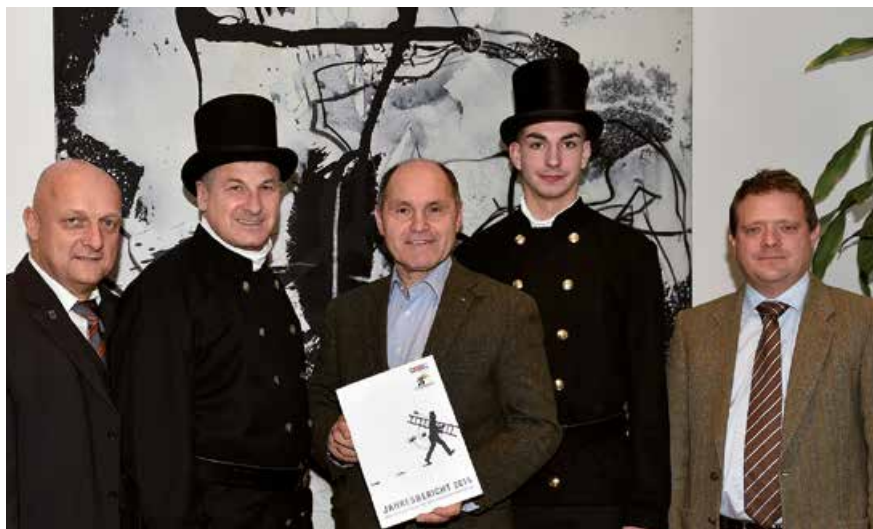
Kommunen um über neun Prozent gestiegen. Erstmals seit längerer Zeit gab es auch wieder mehr Gemeinden, die ihren ordentlichen Haushalt nicht ausgleichen konnten. Vor allem die Beiträge zur Spitalsfinanzierung und die Sozialhilfe wirkten sich belastend aus. ■■

KURZMELDUNGEN AUS NIEDERÖSTERREICH

LANDES-VIZE SOBOTKA WURDE 60

Niederösterreichs Landeshauptmannstellvertreter Wolfgang Sobotka feierte kürzlich seinen 60. Geburtstag. Der Jubilar ist Niederösterreichs längstamtierender Finanzreferent und darüber hinaus in der Landesregierung für die Bereiche Wohnbau, Gemeinden, Arbeitsmarkt sowie für Angelegenheiten des Landesarchiv, der Landesbibliothek und des Instituts für Landeskunde zuständig.

Weiters ist er Vorsitzender des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds. Sobotka studierte Geschichte, Musikpädagogik und Dirigieren. In seiner Heimatstadt war er politisch in mehreren Funktionen tätig, so als Bürgermeister, 1998 kam er als Landesrat in die Landesregierung und wurde 2009 Landeshauptmannstellvertreter. Seit 2010 ist er auch Landesobmann des NÖ AAB.



Unter den zahlreichen Gratulanten befand sich auch eine Abordnung der NÖ Rauchfangkehrer.

MANFRED MARIHART FEIERTE DEN SECHZIGER



Der Hollabrunner Bezirksobmann des NÖ Gemeindebundes, Manfred Marihart, Bürgermeister der Stadtgemeinde Pulkau, vollendete am 18. Jänner sein 60. Lebensjahr. Marihart, Landwirt und Weinbauer, kam über die Junge ÖVP und den Bauernbund in die Kommunalpolitik. 1990 wurde er Gemeinderat und 1995 Bürgermeister. Dem NÖ Gemeindebund steht er seit 2002 als Bezirksobmann von Hollabrunn zur Verfügung. Als Schwerpunkte seiner politischen Arbeit in diesem vorwiegend ländlich strukturierten Bezirk sieht Marihart den Kampf gegen die Abwanderung, die Sicherung der Nahversorgung sowie den forcierten Wohnbau. Im Österreichischen Gemeindebund ist Marihart Mitglied des Bundesvorstandes. Der Jubilar ist dreifacher Vater und zweifacher Großvater.

IMPRESSUM:

Herausgeber:

NÖ GEMEINDEBUND
(Kommunalpolitische Vereinigung - KPV)
3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4

Mit der Herausgabe beauftragt:

Landesgeschäftsführer
MMag. Gerald Kammerhofer

Medieninhaber: Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., 1010, Wien, Löwelstraße 6, Tel.: 01/532 23 88-0, Fax: 01/532 23 88-22
www.kommunalverlag.at

Geschäftsführung:

Mag. Michael Zimper

Chefredakteur: Mag. Helmut Reindl,

E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at

Mitarbeit: Mag. Sotiria Taucher, Prof. Dr.

Franz Oswald,

Grafik: Österreichischer Kommunal-Verlag, Thomas Max

E-Mail: thomas.max@kommunal.at

Anzeigenverkauf: Tel.: 01/532 23 88-0

Sabine Brüggemann, E-Mail:

sabine.brueggemann@kommunal.at

Martin Mravlak, E-Mail:

martin.mravlak@kommunal.at

Martin Pichler, E-Mail:

martin.pichler@kommunal.at

Fotos: NÖ Landeskorrespondenz, Erwin

Wodicka (www.bilderbox.biz), Foto

Baldauf (www.bilder.services.at),

shutterstock.com

Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudörfel

Erscheinungsort: 2700 Wr. Neustadt

Auflage kontrolliert: 12.800 Exemplare.

Direktversand ohne Streuverlust an

folgende Zielgruppen in NÖ: Mandatare

und leitende Bedienstete in allen NÖ

Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürger-

meister, Stadt- und Gemeinderäte, Orts-

vorsteher und leitende Gemeindebeamte).

Alle NÖ Abgeordneten zum National- und

Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder

der Landes- und Bundesregierung und alle

Abteilungsleiter und deren Stellvertreter

beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle

Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter

sowie alle Fachjuristen der Bezirkshaupt-

mannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren

Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ

sowie alle Sachverständigen des Landes,

der Bezirkshauptmannschaften und der

Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landes-

funktionäre sowie leitenden Beamten der

gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ

(Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbei-

terkammer) sowie alle Abteilungsleiter von

Landesgesellschaften. Alle Funktionäre

und Geschäftsführer von in NÖ relevanten

Verbänden, Organisationen und Instituti-

onen.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die

Meinung der jeweiligen Autoren wieder

und liegen in deren alleiniger Verantwor-

tung. Persönlich gezeichnete Berichte

müssen sich daher nicht mit der Auffassung

des Herausgebers oder Medieninhabers

decken.



WER VERSTEHT UNSERE KOMMUNALEN PROJEKTE? UND NICHT NUR BAHNHOF. EINE BANK.

Finanzvermittlung, Anleihebörse, Festgeldbörsen. Im Rang des Landes Niederösterreich sind wir der Spezialist für Finanzdienstleistungen öffentlicher Hand. Weil wir wissen, was hinter Ihren Projekten steckt, sind Lösungen nach Maß für uns selbstverständlich. Unsere geschulten Experten steht von der Bedarfserhebung bis zur professionellen Abwicklung und Durchführung Ihrer Projekte.

Über effektive Finanzierungspläne legen wir Ihnen Hand anlegen Sie gerne der Leiterin Petra Finkler, Wolfgang Winkler, unter +43(0)226 90 910-1000, wolfgang.winkler@hyponoe.at Ihre HYPO NOE. Denn, wir sind es sind.

